

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagsort: Seb. Knaub, Dresden
und Schiffsche Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen
„Arbeit und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 26261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 26261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Kompositionelle 30 Pf., die 50 mm breite Kompositionelle 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietanzeigen 40 Pf. Rabatt. Für Beleglieferung 10 Pf.

Nr. 203

Dresden, Mittwoch den 1. September 1926

37. Jahrg.

Kein Tag ohne Eisenbahnunfall!

Die falsche Sparsamkeit der Reichsbahnverwaltung

Aus Berlin wird uns geschrieben:
Der Eisenbahnverkehr wird allmählich eine unheimliche Sache. Jeden Tag findet das Publikum in der Presse Meldungen von neuen Eisenbahnunfällen. In den letzten zwei Tagen waren es nicht weniger als vier! Fast überall konnte, wie es heißt, die Entgleisungsaufgabe nicht festgestellt werden. Merkwürdig!

Diese Häufung der Eisenbahnunfälle ist kein Zufall. Den Eisenbahnen, die seit Jahr und Tag von den Folgen der verkehrten Wirtschaft- und Personalpolitik der Reichsbahn gequält werden, sind die Zusammenhänge klar. Ein Verleib, wie die deutsche Reichsbahn, bei dem es in erster Linie auf die Sicherheit des Publikums ankommt, kann nur einmal nicht rücksichtslos und bedenkenlos durchrationalisiert werden, wie irgendeine Fabrik oder ein Bureaubetrieb. Die Reichsbahn will sparen. Sie muß sparen; denn sie ist Hauptträger der Reparationslasten und daher in einer gewissen Zwangslage. Alles richtig. Aber die Sparmethoden können nur bis zu dem Punkt durchgeführt werden, von wo an die Sicherheit in Frage gestellt wird. Vor dem Kriege wurde in der verkehrsreichen Zeit das Personal gehalten, und gerade zu dem Zweck, die notwendigen Sicherheitsarbeiten durchzuführen. Jetzt — nach dem Kriege, nachdem jahrelang am Eisenbahnapparat Koubau getrieben wurde — will die Reichsbahn nur die für einen Notbetrieb erforderlichen Kräfte behalten, um möglichst große Betriebserfolge herauszuwickeln. Die Verwaltung hat auf der einen Seite den Betrieb von Personal entlassen, auf der anderen, an gefährdeten Stellen, Privatunternehmern den Bau oder Umbau von Gleisanlagen übertragen, Unternehmern, die die Reparaturen mit ungeschultem Personal ausführen. Hier muß Hilfe gesucht werden. Gründliche Kontrolle der Strecken und gründliche Reparatur des Oberbaues! Außerdem muß vermehrtes Personal notwendig. Wenn die Reichsbahnverwaltung an oberen Beamten und an eigenem Personal sparen will, dann soll sie es tun, bei dem für die Sicherheitskontrolle und für den Gleisbau notwendigen Personal, erst recht nicht. Für die Erweiterung der Gleisanlagen und des Oberbaues sind vom Reich Mittel zur Verfügung gestellt worden. Diese Reparaturarbeiten müssen systematisch im ganzen Reich, jedenfalls an den besonders überlasteten Strecken, vorgenommen werden. Die Reichsbahn hat nicht geglaubt, daß ganz in der Nähe der Kaiserbrücke die Schwellen verfault waren. Wäre das Unglück nicht geschehen, dann hätte man heute noch nichts davon. Wieviel solcher gefährdeten Stellen mit verfaulten Schwellen mag es wohl geben? Nicht eine gelegentliche, sondern nur eine systematische Streckenkontrolle kann sie feststellen!

Im Interesse der Sicherheit ist eine Änderung der Personalpolitik der Reichsbahn unumgänglich notwendig. Kann die Reichsbahn diese Änderung finanziell nicht tragen, dann muß eben das Reich einen Teil der besonders drückenden Belastungen auf sich nehmen. Freilich muß dann das Reich auch wirklichen Einblick in die Wirtschaft- und Personalpolitik der Reichsbahn erhalten. Dazu ist natürlich die Reichsbahnverwaltung nichts willens. Aber schließlich steht doch die Sicherheit der Bevölkerung höher als die Diktatorengelüste der Reichsbahngewaltigen. Die Reichsbahn ist der Bevölkerung wegen da und nicht umgekehrt!

Die „Einmannbesetzung“ der Lokomotiven

Vom 13. bis zum 18. September findet in Dortmund die vierte ordentliche Generalversammlung der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer statt. Die Organisation umfaßt über 7000 Angehörige des Angestelltenstandes der Eisenbahnen Deutschlands. Eine der dringlichsten Fragen wird auf der Tagung bei der Besprechung der sogenannten „Einmannbesetzung“ der Lokomotiven behandelt werden. Die zahlreichen Unfälle der letzten Zeit lassen erkennen, in welcher harter Weise die Betriebsicherheit bereits gefährdet wurde. Würde die Einmannbesetzung heute schon auf vielen elektrischen Betriebsstrecken durchgeführt, ist allgemein zur Einführung kommen, so sieht die deutsche Lokomotivführerschaft darin die größte Gefährdung der Betriebsicherheit und des guten Rufes, welchen die deutsche Eisenbahn früher in diesem Punkte besessen hat. Aber auch an einer Reihe ähnlicher wichtiger Fragen, die zur Beratung kommen werden, dürfte die Öffentlichkeit großes Interesse haben.

Der Unfall-Kalender

Durch einen Betriebsunfall, der sich bei Unterelblich in der Nähe von Saalfeld ereignete, ist eine 13stündige Verspätung des D-Zuges 27, der von Stuttgart nach Berlin fährt, verursacht worden. Die Lokomotive geriet, aus noch nicht ganz aufgeklärter Ursache, aus den Schienen. Glücklicherweise ist der Unfall ohne weitere Folgen geblieben. Der Zug wurde nach Berlin mit neuer Maschine weitergeführt. Es heißt, daß der Oberbau schadhaft war.

In Frankfurt a. M. ist auf dem Hauptbahnhof eine Lokomotive bei der Ausfahrt auf einen unbesetzten Speisewagen aufgefahren. Ein an diesem gefopelter Waggons entsetzte. Der Speisewagen stürzte um und wurde fast beschädigt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Nur verursacht die Sperrung des Gleises einige Störung im Betrieb.

In der Nähe von Frankfurt, auf dem Bahnhof Niederwöhrle, entgleitete die Lokomotive eines ausfahrenden Personenzuges. Der Zug hatte 1 1/2 Stunde Verspätung, bis der Schaden wieder beseitigt war.

Die Preßstelle der Eisenbahndirektion Ludwigs-hafen teilt mit: Am 30. August, nachmittags 6:50 Uhr, entgleitete bei der Einfahrt in Oppau-Obelheim der Paderwagen und ein Personenzug des Schmalstreckenzug Ludwigsbahn-Äranenthal. Verletzt wurde niemand. Die Entgleisungsdursache konnte noch nicht festgestellt werden.

Der für das Eisenbahnunfall am Münchener Ostbahnhof verantwortliche gemachte Lokomotivführer Kubele ist auf Antrag seines Vorgesetzten aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Die Untersuchung gegen ihn geht jedoch weiter. Kubele ist seit Blinösten in Haft. Ein Termin für die Verhandlung ist noch nicht anberaumt worden.

Bereiteter Zugenschlag in der Schweiz

Nach der Baseler Nationalzeitung ist an der Strecke Basel-Birm, zwischen Pratteln und Freudenort, ein verunglücktes Eisenbahnunfall ereignet worden. Der diensttunende Streckenwärter erwiderte früh, daß an zehn aufeinanderfolgenden Schwellen die Schrauben entsetzt waren, mit denen die Schienen befestigt sind. Auch der zum Loslösen der Schienen verwendete Schlüssel wurde auf der Strecke gefunden. Wenn das Verbrechen nicht rechtzeitig entdeckt worden wäre, hätte eine schwere Katastrophe die Folge sein können. Interessant ist übrigens, daß bereits mehrere Tage nach der Lösung der Schrauben die Strecke wahrscheinlich in langem Tempo durchfahren haben, ohne daß eine Entgleisung erfolgte.

Stürmische Nationalratsitzung

A. Wien, 31. August. (Eig. Draht.)

In der Dienstung des Nationalrats fand der Verhandlung des Ausschusses über den sozialdemokratischen Antrag auf Auflösung der Mitglieder der Regierung zur Debatte. Der Ausschuss hatte beschlossen, die Ministeranfrage abzulehnen und hat auch einen solchen Antrag im Plenum gestellt. Der Abgeordnete Austerlitz verteidigt demgegenüber den sozialdemokratischen Widerstand, während der Nationalrat gegen die Regierung vor dem Verfassungsgericht über die Ministeranfrage erörtert soll. In der Begründung des Antrages charakterisierte Austerlitz das verfassungswidrige Verhalten der Regierung, die, ohne verfassungsmäßige Genehmigung, der Christlichsozialen Zentralbank 62 Millionen Schilling gegeben habe.

In der Debatte verurteilte Seipel die Regierung zu dem Verstoß. Er unterbot den Sozialdemokraten, daß sie dem Vorgehen zugestimmt hätten. Diese Zustimmung rief kürzlich Protest bei der sozialdemokratischen Fraktion hervor. Dem Redner wurde gegenüber: „Lügner! Berleumdler!“ Dann widerlegte Seipel die Behauptungen Seipels und beantragte

die Vertagung der Abstimmung bis zu dem Zeitpunkt, wo der parlamentarische Untersuchungsausschuss seinen Bericht erstattet habe, da nur auf Grund einer parlamentarischen Untersuchung ein genaues Bild gewonnen werden könne. Die Mehrheit lehnte den Vertagungsantrag Kerner ab. Sie verwarf schließlich auch den Antrag Austerlitz auf Erhebung der Ministeranfrage und nahm den Antrag des Ausschusses an, der die Ministeranfrage verworft.

Der Bundeskanzler wird am Sonnabend nach Genf fahren. Man nimmt an, daß am Montag über Oesterreich in Genf verhandelt wird.

Hochverratsverfahren in Griechenland

H. Athen, 1. September. (Eig. Funkdruck.)

Der griechische Justizminister erklärte am Dienstag, daß nicht nur Pangalos, sondern alle Minister seines Kabinetts sich in kurzer Zeit wegen „Hochverrats“ zu verantworten haben werden. Es ist anzunehmen, daß den Angeklagten für die Zukunft alle politischen Rechte abgesprochen werden, und daß sie, neben hohen Freiheitsstrafen, Beschlagnahme ihres Privatvermögens zu erwarten haben.

Wehrhaftes Proletariat

Von Otto Krennath, Wien.

„Antifaschismus“ ist eine im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung erscheinende Schrift bezieht; der Verfasser, Genosse Julius Deutsch, hatte in Oesterreich als Leiter des Heeresamtes, ähnlich wie Roste in Deutschland, die alte Armee zu liquidieren. In Deutschland wurden dieformationen geschlossen ins Hinterland geführt, um in den Kaderstationen langsam abgerüstet zu werden, so daß die konservativen Kräfte wirksam bleiben konnten; als es 1918/19 zu schweren Konflikten mit Spartakus kam, wurden Offiziere und Soldaten der alten Armee mit Waffen versehen. Roste rechnete in durchaus unmoralischer Weise mit der Möglichkeit, den übernommenen Machtapparat in den Dienst der neuen Republik stellen zu können; die Folgen hat die deutsche Arbeiterklasse ausreichend zu spüren bekommen.

In Oesterreich wurde im Sinne marxistischer Revolutionärsauffassung der alte Machtapparat der Armee aufgelöst; die durch die Niederlage ohnedies erschütterten Truppenverbände wurden möglichst formlos abgerüstet und so den alten Kader-Funktionären keine Autorität verbleiben; zum Schutze der von den Arbeitern geschaffenen bürgerlich-demokratischen Republik wurde eine Sondergruppe, die „Volkswehr“, aufgestellt. Bei der späteren Umwandlung dieser Proletarierarmee in das jetzige Bundesheer wurde durch die Sozialdemokratische Partei dafür gesorgt, daß möglichst viele Soldaten proletarisch gesinnt sind. Wenn auch ein Teil der Offiziere antiproletarische Denkwiese zu verbreiten suchte, so konnte doch bisher das österreichische Bundesheer nicht im Klassenkampf gegen das Proletariat verwendet werden. So bald dies die herrschenden Klassen erkannten, unterführten sie die Auffstellung von Heimwehren, nationalistischen Sturmtruppen und ähnlichen Formationen. In Oesterreich sind von solchen antiproletarischen Gruppen, aus denen auch die Technische Rottweil hervorgeht, in einzelnen Fällen Arbeiter geblendet worden. Julius Deutsch rief als wohlüberlegte Gegenorganisation den „Republikanischen Schutzbund“ ins Leben. Als eine Art proletarischer Wächter, die der Sozialdemokratischen Partei untersteht, schützt er Versammlungen, sorgt für geregelten Ablauf der Streiks und ist bereit, falls die bürgerlichen Formationen die demokratische Republik und das Proletariat gefährden sollten, der physischen Gewalt ebensolche Gewalt entgegenzusetzen. Aus dem Verbände der jugendlichen Arbeiter rufen eigene Auszubildungsvereine, die Wehrturnerzüge stellen jederzeit dem republikanischen Schutzbund zur Verfügung.

Aus diesem lebendigen Wirksamkeitserleben heraus vertritt nun Deutsch einen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand des Faschismus und Antifaschismus zu geben. Er stellt insbesondere die Verhältnisse in Italien, Deutschland und Oesterreich dar, berichtet aber auch über England, Frankreich, Belgien, Ungarn, Lettland und andere Länder wichtige, sonst nicht veröffentlichte statistische und organisatorische Einzelheiten und liefert so Beiträge zu der schon von Marx und Engels in Angriff genommenen Theorie der Revolutionstheorie. Gegenüber der von deutschen Kommunisten angeführten Forderung nach Bewaffnung des Proletariats schließlich, vertritt er die Forderung nach Schaffung einer sorgfältig aufgebauten Dauerorganisation und legt:

„Waffen kann man sich in einem Augenblick der Gefahr in einem modernen Lande viel eher verschaffen, als daß sich brauchbare militärische Abteilungen rasch genug aus dem Boden stampfen lassen. Womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß die zur Verteidigung entschlossene proletarische Organisation weder eine Waffe besitzen, noch jemals ihren Mitgliedern lehren darf, wie eine solche zu behandeln wäre. Niemals darf man mit der Meinung, daß eine proletarische Abwehrorganisation — also nicht das einzelne Mitglied — niemals Waffen besitzen dürfe, indes die sozialistische Widerpart in Waffen strotzt.“

Im Sinne des österreichischen Parteiprogramms vertritt Deutsch den Standpunkt, daß im gegenwärtigen Stadium die Arbeiterklasse Mitteleuropas ein besonderes Interesse habe, die Demokratie gegen faschistische Angriffe zu schützen. Als Wappwort nennt Deutsch nur konkretes Handeln, zu dem auch die proletarischen Wehrorganisationen gehören; er lehnt die mystische Vorstellung ab, wonach geheimnisvolle Kräfte, der Demokratie naturgemäß innewohnend, dazu führen, schließlich und endlich die Gewalt herrschaft einer Diktatur zu brechen.

Wenn wir in Deutschland eine, von manchen Intellektuellen unterstützte, absolut passivistische und gegen physische Gewaltanwendung gerichtete Stimmung mit gelegentlicher Sympathie für Tolstoi und Gandhi antreffen, die auch von sozialistischen Jugendlichen gepflegt wird, so hängt dies nicht zuletzt mit der so gedrückten Lage des deutschen Proletariats zusammen; aus der Not wird gewissermaßen eine Tugend gemacht. Der deutschen Situation entspricht es aber auch, daß ein großer Teil des Proletariats mit Bürgerlichen im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold vereint ist, während ein anderer den Roten Frontkämpferbund bildet. Deutsch hebt mit Nachdruck hervor, daß das Reichsbanner Deutschlands Rettung vor dem Chaos des Faschismus geworden ist, weist aber auch darauf hin, daß das Schwereiten aus dem Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Republikanern ergeben. „Es und wie lange dieses Zusammenarbeiten bleiben wird, läßt sich nicht vorsehen.“

Früher oder später werden auch jene Proletariervertreter, die bisher dieser ganzen Problematik ausweichend oder durch allgemein gehaltene Bedenkenreden aus dem Wege gegangen sind, anerkennen, daß die Wehr-

A-Nr. 1000